



# Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der Union Internationale des  
Syndikats des Police

**Landesbezirk Saarland**

[gdp-saarland@gdp-online.de](mailto:gdp-saarland@gdp-online.de) \* [www.gdp-saar.de](http://www.gdp-saar.de)

Fon: (0681) 811498 \* Fax: (0681) 815231

## Infodienst

Saarbrücken, 8. Juli 2003

## GdP begrüßt Abschlagszahlungen für Beamtinnen und Beamte

Die Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Saarland (GdP) begrüßt die heutige Entscheidung der saarländischen Landesregierung, die für die Tarifbeschäftigten im Januar 2003 beschlossene Tarifierhöhung mit Abschlagszahlungen ab August dieses Jahres auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Hierzu erklärt der GdP-Landesvorsitzende, Hugo Müller: „Die Entscheidung der saarländischen Landesregierung ist sehr positiv zu bewerten, weil davon auszugehen ist, dass nicht alle Bundesländer so schnell reagieren und eine vergleichbare Entscheidung eher hinaus zögern wollen. Gleichmaßen erkennen wir die mutige Haltung der saarländischen Innenministerin, Annegret Kramp-Karrenbauer, von der vergangenen Woche an. In der entsprechenden Bundesratssitzung hatte sie vehement gegen eine Hinausschiebung um weitere 3 Monate argumentiert.“ Die jetzige Entscheidung darf allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass mit dem jetzigen Gesetz über eine Besoldungs- und Versorgungsanpassung den Beamtinnen und Beamten ein neuerliches Sonderopfer abverlangt wird. Die ursprünglich von Bundesinnenminister Schily angedachte einmalige 2-monatige Verschiebung der Übertragung hat sich jetzt zu 3 Verschiebungen ausgewachsen, nämlich um 3 Monate in 2003 und um jeweils weitere 3 Monate bei den beiden Anpassungsterminen in 2004. Hugo Müller: „Man wird zurzeit das Gefühl nicht los, dass Beamtinnen und Beamte für alle Haushaltsfehlentwicklungen in Haft genommen werden. Daher erwarten wir jetzt, dass eben dieses neuerliche Sonderopfer bei den bevorstehenden Verhandlungen über weitere Sparbeiträge berücksichtigt werden!“

Hugo Müller, Landesvorsitzender

Anhang:

Pressemitteilung der saarländischen Staatskanzlei vom heutigen Nachmittag:

„Nach den entsprechenden Beschlüssen im Bundesrat und Bundestag hat nun die saarländische Landesregierung umgehend in ihrer heutigen Sitzung mit

**Blick auf die Anpassung der für die Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst geltenden Tariferhöhungen auch auf die Beamten entsprechende Abschlagszahlungen ab August beschlossen. Eine zeitliche Verschiebung der Übertragung um weitere drei Monate, wie sie im Bundesrat vorgeschlagen wurde, lehnt das Saarland mit dem Hinweis auf die Vermeidung von Sonderopfern für die Beamten ab. Die entsprechende Übertragung der 2,4 Prozent Erhöhung für die Angestellten und Arbeiter auch auf die Beamten war von der Landesregierung und Ministerpräsident Peter Müller bereits frühzeitig signalisiert worden.**

**Die Erhöhung der Bezüge um 2,4 Prozent gilt rückwirkend ab dem 1. April 2003 für die Beamten der Besoldungsgruppen A 2 bis A 12 und die Anwärter. Ab 1. Juli 2003 gilt die Erhöhung für die übrigen Besoldungsgruppen mit Ausnahme B 11. Auch die beschlossenen Einmalzahlungen werden entsprechend übertragen. Der heutige Kabinettsbeschluss, bereits ab August entsprechende Abschlagszahlungen an die Beamten zu leisten, dient der zeitnahen Anpassung gegenüber den Tarifbeschäftigten, die bereits seit März höhere Vergütungen erhalten.**

**Die Landesregierung hatte bereits vor Wochen beschlossen, dass die Minister und Staatssekretäre auf die Anpassung ihrer Bezüge verzichten und damit einen Sparbeitrag angesichts der angespannten Haushaltslage leisten. Zudem hat Ministerpräsident Peter Müller angekündigt, in diesem Jahr auf sein Weihnachtsgeld zu verzichten.“**